

Beschlussprotokoll II

der 50. Sitzung des Bundesrates vom 16. Dezember 1968

A. Aussprachen

1. Parlamentarische Vorstösse

Der Rat bereinigt die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse zu den Problemen der Währungslage (Eisenring, Wyss, Fischer-Bern), der vorsorglichen militärischen Massnahmen im Jura (Allgöwer); des ETH-Gesetzes (Schmitt, Borel und Renschler). Ferner befasst sich der Rat eingehend mit den sechs Vorstössen der Herren Riesen, Renschler, Muret (2), Ziegler und Rasser betreffend die Waffenausfuhr. - Er beschliesst, bei der Beantwortung dieser Vorstösse auch zu den neuesten Meldungen betreffend das Bekanntwerden von Lieferungen schon im Sommer 1967 Stellung zu nehmen und beiläufig auch die grundsätzliche Frage der Zulassung von Waffenausfuhren aufzuwerfen, ohne aber schon eine Konzeption seiner allgemeinen Haltung gegenüber der Rüstungsindustrie zu präsentieren. Diese Konzeption soll im Jahre 1969 erarbeitet werden.

B. Umfrage

Herr von Moos

- gibt bekannt, dass ihn die Firma Rinsoz & Ormond SA, Vevey, namens eines provisorischen Organisationskomitees eingeladen hat, Mitglied des Ehrenkomitees einer Kunstaussstellung der Côte d'Ivoire zu werden. Die Ausstellung findet im Sommer 1969 statt; von Seiten des Ausstellerstaates wirkt der Staatspräsident mit. - Herr von Moos wird ermächtigt, diesem Ehrenkomitee beizutreten;
- wirft die Frage auf, ob bei der Beantwortung der Motion Tanner betreffend Einführung des Frauenstimmrechts auf die Möglichkeit der alleinigen Gewährung des Wahlrechts (gemäss Deklaration der Menschenrechte) hingewiesen werden soll. Aus der Diskussion ergibt sich, dass der Rat davon eher Kritik und Nachteile erwartet.

Herr Schaffner

- orientiert über seine kürzliche Besprechung mit dem französischen Aussenminister Debré, wobei namentlich die Möglichkeit von Sondervereinbarungen der EWG mit Nachbarländern zur Sprache kam. Herr Debré äusserte sich sehr positiv; der Begriff der "guten Nachbarschaft" scheint in Frankreich hoch im Kurse zu sein. Der extreme englische Standpunkt (alles oder nichts) findet bei den EFTA-Staaten erfreulich wenig Echo. Die schärfsten Gegner von solchen Arrangements mit der EWG sind Italien und die Niederlande (letztere verfiicht die englische These).



- 2 -

Herr Celio

- gibt Kenntnis von russischen Sondierungen - via Ungarn - für ein Mitmachen Russlands in der BIZ. Bei der BIZ ist die Stimmung eher negativ. Der Chef des FZD hält dafür, dass die Russen mit Rücksicht auf ihre völlig anders gelagerte Wirtschaft in der BIZ ein Fremdkörper wären, doch sollte die Schweiz nicht als erster Staat nein sagen. - Der Rat teilt diese Auffassung;
- orientiert über einen weiteren Vorstoss der Russen, die alle finanzielle Hilfe an die osteuropäischen Staaten über eine Zentralstelle leiten und dann nach eigenen Gesichtspunkten verteilen möchten. Der Rat geht mit dem Chef des FZD einig, dass dieses Projekt Theorie bleiben dürfte. Soweit Beiträge der Schweiz in Frage kommen könnten, wären sie einer multi-lateralen Verteilung dieser Art ohnehin nicht zugänglich.

Herr Bundespräsident Spühler

- orientiert den Rat über seine Sondierungen bezüglich eines allfälligen Appells an die kriegführenden Parteien in Nigeria (Waffenstillstand über Weihnachten). Das Ergebnis ist negativ: Ein allfälliger Aufruf würde ungünstig oder jedenfalls nicht in beiden Lagern gleich aufgenommen, womit er im vorneherein erfolglos bliebe. Aus Rom ist zu erfahren, dass der Papst in seiner Neujahrsansprache einen allgemeinen Friedensappell erlassen wird;
- gibt bekannt, dass die ASUAG Herrn Bundeskanzler Huber auf Grund seiner langjährigen Mitgliedschaft im Verwaltungsrat ein Geschenk zu machen wünscht. - Der Rat sieht darin keinerlei Gesetzwidrigkeit und ermächtigt den Bundeskanzler formell zur Annahme.

Herr Bundeskanzler Huber

- verweist darauf, dass die letzte Sitzung des Bundesrates vom 23. Dezember 1968 mit Rücksicht auf die Länge der Traktandenliste schon um 0830 beginnen sollte. - Der Rat ist einverstanden;
- erinnert daran, dass mit den Fraktions- und Parteipräsidenten im Januar 1969 eine weitere Aussprache über die Wahlart des Bundesrates in Aussicht genommen wurde. - Die Bundeskanzlei wird beauftragt, einige in Frage kommende Daten zu suchen und der Fraktionspräsidentenkonferenz vom nächsten Mittwoch einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Für den Bundesrat werden an der Sitzung der Herr Bundespräsident und Herr Tschudi teilnehmen, ferner der Bundeskanzler von Amtes wegen.

17.12.1968 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

je 1 Expl. geht an die Herren:

- Departementsvorsteher
- Bundeskanzler
- Vizekanzler